



Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden e.V.
Action Committee Service for Peace - Comité d'Action Service pour la Paix

Endenicher Straße 41
D-53115 Bonn

Telefon: 02 28/2 49 99-0
Telefax: 02 28/2 49 99-20

agdf@friedensdienst.de
www.friedensdienst.de

Bank
BIC
IBAN

KD-Bank eG Duisburg
GENODED1DKD
DE73 3506 0190 1011 3910 16

AGDF bekundet Solidarität mit der Zivilgesellschaft in Sachsen-Anhalt

Bonn, 1. Oktober 2026/dj

Die Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF) hat sich nach den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt solidarisch mit dem Friedenskreis Halle und der demokratischen Zivilgesellschaft gezeigt. Die Mitgliederversammlung des Friedensverbandes in Bad Cannstatt beschloss, den Friedenskreis Halle, der Mitgliedsorganisation der AGDF ist, hinsichtlich der Finanzierung und der Transformation seiner Arbeit durch Beratung, aber auch durch ein eigenes Fundraising-Projekt zu unterstützen.

„Das Wahlergebnis der Landtagswahl mit einem hohen Stimmenanteil der AfD ist eine Herausforderung, die von bundesweiter Relevanz ist“, meinte Christof Starke, Mitarbeiter des Friedenskreises Halle und stellvertretender AGDF-Vorsitzender, bei der Versammlung in Bad Cannstatt. Die demokratische Zivilgesellschaft befinde sich aktuell in einer Phase des Austauschs und des Suchens. „Es gibt eine Gleichzeitigkeit von Enttäuschung, Erschöpfung, Neuorientierung und Aufbruch“, machte er deutlich.

Christof Starke betont aber auch, dass die große Dynamik und Aktivierung der Zivilgesellschaft vor der Wahl für Hoffnung Sorge. „Es entstanden neue Vernetzungen, die Kirchen haben sich stark positioniert, auch die Kulturszene ist aufgewacht. Der befürchtete Effekt einer Auswanderung aus Sachsen-Anhalt ist bisher nicht eingetreten. Zudem gibt es viele Unterstützungsangebote, auch über Sachsen-Anhalt hinaus. Das Gesprächsangebot des Friedenskreises an Menschen in politischer Verantwortung stieß schließlich auf viel positive Resonanz“, berichtet der Koordinator für politisches und lokales Engagement des Friedenskreises Halle. Sachsen-Anhalt könne daher zum Labor werden, wie die AfD regiert, aber auch für den Widerstand gegen deren negative Praxis, fügt er hinzu.

Die demokratische Zivilgesellschaft befindet sich seiner Auffassung nach aktuell in einer Phase des Austausches und des Suchens. „Angestrebt wird ein Dialog mit Politik, Verwaltung und großen Organisationen. Wichtig ist die Solidarität für besonders betroffene Gruppen, dafür müssen neue Strukturen aufgebaut werden“, betont Christof Starke. Weiter gälte es, die Folgen des Handelns der AfD beispielsweise in Kampagnen transparent zu machen und zugleich Alternativen anzubieten. „Es gibt eine gewachsene Bereitschaft zum Dialog, in der Nachbarschaft und im ländlichen Raum. Schließlich gilt es für die bedrohte Zivilgesellschaft finanzielle Alternativen zur staatlichen Förderung zu schaffen, gerade für Schlüsselakteure und Strukturen, die in der Demokratie-Arbeit aktiv sind“, schlug er vor. Für kleine Initiativen sollten lokale

verankerte Fonds gegründet werden und Projekte sollten bundesweit übergreifend sein. Sein Fazit: „Es braucht viel Aufmerksamkeit für die Zivilgesellschaft und betroffene Gruppen in Sachsen-Anhalt.“

Das will die AGDF unterstützen. Da viele zivilgesellschaftliche Organisationen wie der Friedenskreis Halle von der staatlichen Förderung abhängig seien, die von der AfD in Frage gestellt wird, sprach sich die Mitgliederversammlung für eine Fundraising-Aktion zugunsten der Arbeit in Sachsen-Anhalt aus, geplant ist zudem die Schaffung einer Projektstelle auf Honorarbasis.

Kontakt:

Jan Gildemeister, Tel. 0228/24 999-13